

Bund zu bekommen. Bei der Erstellung des Bundesverkehrswegeplans wird dann festgelegt, in welcher Reihenfolge die Baumaßnahmen realisiert werden können. Wenn ein Ausbau der A 6 gewünscht wird, muss dieser selbstverständlich mit allen anderen vom Land Baden-Württemberg gewünschten Straßenbaumaßnahmen im Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden. Und das hat der baden-württembergische Verkehrsminister Herrmann getan.

Willi Griese, Öhringen-Cappel

Obrigkeitshörigkeit

Zum Artikel „Harte und weiche Kriterien“ und Kommentar „Demokratie“ über die Windkraftdebatte in Neuenstein (HZ vom 21. März):

Ich war an der Gemeinderatsitzung am 18. März anwesend und war schon etwas über die Berichterstattung verwundert. Meiner Meinung nach gehört zur Demokratie auch, dass man Bürgern mit anderer Meinung zuhört und sich mit deren sachlicher Stellungnahme beschäftigt. Dies scheint in Neuenstein nicht der Fall gewesen zu sein.

Die Argumentationen gegen die von den Bürgern eingebrachten

Stellungnahmen waren auf dem Stand der Sitzung des GVV vom November 2012 stehen geblieben und oftmals mit nicht korrekten Aussagen an den Haaren herbeigezogen. Hätte man die 27-seitige Stellungnahme eines Fachanwalts, welcher unter anderem Stellungnahmen der Bürger verfasst hat, gelesen, wäre die Hälfte der Argumente des Gremiums nichtig gewesen. Ein Gegenargument zur Stellungnahmen der Bürger „Blockierung der Dorfentwicklung durch zu nahe Abstände“ war, dass sich Neuenstein auf Grund des demografischen Wandels nicht mehr weiter entwickeln würde. Gleichzeitig werden neue Bau- und Gewerbegebiete ausgewiesen. Hier scheint in der Argumentationskette etwas schief gelaufen zu sein?

Haben wir in Hohenlohe so viel Wind, dass die Windräder immer unter Nennleistung laufen: 24 Stunden am Tag/365 Tage im Jahr? Sind wir alle der Landesregierung so hörig, dass wir uns in den Gemeinderat wählen lassen sollen? Der Infraschall ist nicht hörbar und somit nicht schlimm, da es die Landesregierung in einer Broschüre so vorgibt? Sollte hier der Bürger nicht seinen Unmut äußern

und den Saal unter Protest verlassen dürfen? Das hat mit Druck auf das Gremium nichts zu tun! Leider sind bei solchen Veranstaltungen keine sachlichen Argumente der Bürger zugelassen! Ist das Demokratie oder geht's nur ums Geld und Obrigkeitshörigkeit? Zum Glück sieht man das in anderen Gemeinden anders.

Albrecht Zimmer, Kupferzell

HZ 28.3.2013